

Ursula Schulte

- (A) Das ist eine klare und eindeutige Aussage, die meine Fraktion und ich jedenfalls aus vollem Herzen teilen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Den erwachsenen Konsumenten, das sei Ihnen auch noch einmal gesagt, Herr Tempel, die sich mit Hunderten von Mails bei Ihnen und bei mir gemeldet haben, sage ich klar und deutlich: Natürlich können Sie immer noch frei entscheiden, ob Sie rauchen wollen oder nicht. Sie können auch entscheiden, was Sie rauchen. Letzteres bezieht sich, gestatten Sie mir den Einwurf, allerdings auf Tabak und E-Produkte. Ich stelle das hier klar, weil ich im deutsch-niederländischen Grenzraum wohne, und da raucht man schon gern einmal das eine oder andere, was nicht so ganz mit dem Gesetz übereinstimmt.

(Zuruf von der SPD: Was soll das denn heißen? – Sönke Rix [SPD]: Aber nicht du selbst! – Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus dieser Gegend stammt auch das Sprichwort: Ich rauche dich in der Pfeife!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Gesetz leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Kinder- und Jugendschutz, sondern ebenso zum Gesundheits- und Verbraucherschutz, und den Verbraucherschutz werden wir mit der Tabakprodukttrichtlinie noch einmal verstärken.

- (B) Aber all das ist nur ein Anfang. Wir haben uns in einem weiteren Schritt mit dem Abgabe- und Konsumverbot von nikotinfreien Erzeugnissen an Kinder und Jugendliche zu beschäftigen, eben weil es den Verdacht gibt, dass diese auch gesundheitsschädlich sind. Diese Dinge werden ja zum Beispiel durch konventionelle Wasserpfeifen inhaliert. Ich denke da an Kräutermischungen, Zuckererzeugnisse und die sogenannten Dampfsteine. Gerade die konventionellen Wasserpfeifen und die Dampfsteine werden zunehmend beworben, und der Fantasie und dem Erfindungsgeist der Raucherindustrie scheinen dabei keine Grenzen gesetzt zu werden.

(Frank Tempel [DIE LINKE]: Machen Sie doch konsequente Werbeverbote!)

Daher müssen wir nicht nur über ein Abgabeverbot nachdenken, sondern auch über ein Werbeverbot, und genau das tun wir, und das werden wir auch auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Frank Tempel [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stehe an der Seite des Verbandes der deutschen Kinderärzte, wenn dieser fordert, das Rauchen im Auto zu unterlassen, wenn Kinder anwesend sind. Die Feinstaubbelastung steigt dort um ein Vielfaches, da nützt es auch nichts, wenn man das Fenster öffnet. Es muss Konsens in diesem Land werden, dass im Auto nicht geraucht wird, wenn Kinder an Bord sind. Am besten, man raucht überhaupt nicht in der Nähe von Kindern, das ist dann gelebte Prävention.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C) Als Berichterstatterin habe ich mich natürlich auch in verschiedenen Dampferforen umgesehen. Es gab dort eine vehemente Kritik an diesem Gesetzentwurf und an unserer politischen Diskussion, vor allem aber auch an unserer Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Ich bin froh, dass wir alle dem Druck nicht nachgegeben haben, und ich danke Manuela Schwesig noch einmal ausdrücklich für ihren Einsatz im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank.

Die Aussprache ist damit beendet, und wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/7394, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 18/6858 und 18/7205 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

(D)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/7394 empfiehlt der Ausschuss, eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Monika Lazar, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine weltoffene und vielfältige Sport- und Fankultur – Bürgerrechte schützen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit effektiv bekämpfen, rechte Netzwerke aufdecken

Drucksache 18/6232

Überweisungsvorschlag:
Sportausschuss (f)
Innenausschuss

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst 2014 randalierten circa 5 000 Hooligans unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“ in der Kölner Innenstadt. Die rechtsextreme Band Kategorie C trat auf; die rechte Rockerszene und auch einschlägige Neonazis waren vertreten. Im Nachhinein stellte sich heraus, wie überfordert die Sicherheitsbehörden im Vorfeld bei der Einschätzung des Gefahrenpotenzials dieser Veranstaltung gewesen waren. Die Teilnehmerzahl wurde unterschätzt, und viele wunderten sich, wie kurz der Draht zwischen rechten Hools, Neonazis und rechten Rockern war. Und tatsächlich: Der Mobilisierungsgrad innerhalb der rechten Szene hat auch Kenner der Zivilgesellschaft überrascht.

Danach wurde es vermeintlich ruhiger um HoGeSa. Auch die Nachfolgeorganisation zerlegte sich schnell. Trotzdem versuchen seit einigen Jahren rechtsextreme Alt-Hools, in die Stadien zurückzudrängen und den oft antirassistisch eingestellten Ultragruppierungen den Platz streitig zu machen.

- (B) Aber auch außerhalb der Stadien tut sich etwas. Erst vor kurzem haben wir in meiner Heimatstadt Leipzig das Gewaltpotenzial der rechten Hooligan-Szene ganz konkret zu spüren bekommen: Am 11. Januar überfielen 250 verummte Nazi-Hooligans den alternativen Stadtteil Connewitz und verwüsteten einen Straßenzug. Viele davon kamen aus dem Umfeld des Halleschen FC und von Lok Leipzig. Aber auch am letzten Samstag überfielen vermeintliche Anhänger von Dynamo Dresden im Anschluss an das Spiel Menschen mit Migrationshintergrund am Dresdner Hauptbahnhof. Diese aktuellen Beispiele aus Sachsen zeigen: Auch wenn HoGeSa kaum noch eine Rolle spielt, wüten rechte Hooligans weiter. Hier muss Politik reagieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was haben Innenministerien und Polizeibehörden sich nicht alles ausgedacht, um Gewalt im Fußball einzudämmen! So wird in einigen Fällen das niederländische Modell praktiziert. Dabei sollen alle Auswärtsfans ihre Eintrittskarten erst nach der Anreise ausgehändigt bekommen. Allerdings ist die Voraussetzung, dass man sich verpflichtet, zum Beispiel mit Sonderbussen anzureisen, nachdem man sich registriert hat.

Kaum eine Innenministerkonferenz vergeht, in der das Thema „Sicherheit im Fußball“ nicht thematisiert wird. Aber das Problem liegt woanders. Es braucht bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus im Sport wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen einen Präventionsansatz. Wir haben in unserem Antrag nicht umsonst gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Fanrechte gegenübergestellt. Denn die Fankultur im Fußball ist

vielfältig und gesellschaftlich relevant. Gerade die Ultras sind Bestandteil dessen, was den Reiz des Fußballs ausmacht. Wer das kaputt macht, indem er dafür sorgt, dass Menschen nur noch unter Preisgabe ihrer Daten und unter Zwang zur Nutzung einer bestimmten Anreiseart zum Stadion kommen, schneidet sich langfristig ins eigene Fleisch. Denn so schafft man es, jede Emotion aus dem Spiel zu nehmen, und Fans werden, bloß weil sie Anhängerinnen und Anhänger eines Vereins sind, als Krawallmacher stigmatisiert.

Trotz der positiven Entwicklung in den letzten Jahren sind Rassismus und Rechtsextremismus im Sport weiterhin ein Problem. Um die Zivilgesellschaft auch im Sport zu unterstützen, schlagen wir deshalb ein sportbezogenes Bundesprogramm vor. Im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gibt es zwar positive Beispiele zu dem Thema, nach Gesprächen mit Initiativen, die das jeden Tag aufs Neue erleben, ist uns aber klar geworden: Es braucht einen gesonderten Sportbezug in einem Programm, um das Problem wirklich zu lösen. Die Details sind in unserem Antrag nachzulesen.

Kurz zusammengefasst: Der Schutz vor Diskriminierung und Rassismus im Sport ist zu stärken. Gleichzeitig ist daran zu erinnern: Vergessen wir die Bürgerrechte von Fußballfans nicht.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

(D) Vielen Dank. – Nächster Redner ist Stephan Mayer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Mit Verlaub: Das Beste an dem vorliegenden Antrag der Grünen „Für eine weltoffene und vielfältige Sport- und Fankultur“ ist die Überschrift.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, immerhin!)

Darüber hinaus kann man wirklich nur sagen, meine liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Der Antrag ist mit heißer Nadel gestrickt,

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

und er ist leider über weite Strecken sehr unsubstanziert und einfach nur als dünne Suppe zu bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Machen Sie es doch besser, statt zu kritisieren!)

Sie bringen Dinge miteinander in Bezug, die nichts miteinander zu tun haben. Ich kann insbesondere Ihrer Forderung nach einem einheitlichen Bundesprogramm